

P R e s s e

S P i E g e l

Polen - Pressespiegel 39/2025 vom 25.09.2025

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- „Tusk ist der Ansicht, dass es kein Zurück gibt.“ Eine große Veränderung in den polnisch-deutschen Beziehungen steht bevor
- Härterer Kurs Deutschlands beim Thema Reparationen. Ein Experte spricht von einem „Schritt zurück“
- Wiedergutmachung, keine Reparationen. Nach dem Besuch von Karol Nawrocki in Berlin
- Prof. Czeńnik: Kaczyński ist nicht mehr die einzige Wahl für diejenigen, die mit Tusk unzufrieden sind, da Nawrocki aufgetaucht ist
- Die Rechte begreift langsam, dass Trump Polen verrät. Doch sie macht gute Miene zum bösen Spiel
- Polen säkularisiert sich so schnell wie kein anderes Land der Welt. Dieser Prozess hat sich unter der Regierung der PiS rapide beschleunigt

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

„Tusk ist der Ansicht, dass es kein Zurück gibt.“ Eine große Veränderung in den polnisch-deutschen Beziehungen steht bevor



Quelle: wyborcza.pl

Von **Michał Kokot**

Premier Tusk ist der Ansicht, dass sich die Welt verändert und nach rechts gewandt hat. Auch deshalb habe er sich auf antideutsche Positionen begeben, heißt es in seinem Umfeld. Doch Berlin habe es ihm leicht gemacht.

Am Dienstag (16.09) reiste Karol Nawrocki in die deutsche Hauptstadt, wo er sich mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Bundeskanzler Friedrich Merz traf. Dieser Besuch war mit Spannung erwartet worden. Nawrocki hatte angekündigt, die Frage der von Polen noch nicht erhaltenen Reparationen anzusprechen, die bereits die PiS-Regierung gefordert hatte. Im Auswärtigen Amt rechnete man damit, dass der Auftritt des polnischen Präsidenten konfrontativen Charakter haben könnte. Gerade nach Karol Nawrockis Wahlsieg im Juni kam es zur Verschlechterung der polnisch-deutschen Beziehungen. Noch wenige Wochen zuvor, als Kanzler Merz nach Warschau gereist war, schien es, als würden die Beziehungen Warschaus zu Berlin nach Jahren der Kälte und der PiS-Regierungen gut werden.

„Mit voller Verantwortung verkünde ich einen neuen Aufbruch, vielleicht den wichtigsten in den letzten Jahrzehnten, in den polnisch-deutschen Beziehungen“, sagte Premierminister Donald Tusk am 7. Mai 2025. Er fügte hinzu, er wisse „genug, um optimistisch in Bezug auf die Zukunft unserer Beziehungen zu sein“. Merz dankte für den „außergewöhnlich freundlichen Empfang in der polnischen Hauptstadt“, die er nach Paris als zweites Ziel seiner offiziellen Reise gewählt hatte. Er betonte die Schuld der Deutschen für die in Polen während des Zweiten Weltkriegs begangenen Verbrechen. Beide Politiker kündigten eine enge Zusammenarbeit an, unter anderem im Verteidigungssektor. Heute sagen fast alle meine Gesprächspartner aus Berlin und Warschau, dass von den „freundschaftlichen Beziehungen“ zwischen beiden Regierungen nur noch eine Erinnerung geblieben ist. Keiner wollte jedoch namentlich auftreten.

Tusk zwinkert dem antideutschen Elektorat zu

An der gemeinsamen Grenze haben Polen und Deutsche wieder Grenzkontrollen eingeführt, misstrauisch gegeneinander wegen der angeblichen Einschleusung von Migranten. Gespräche über Entschädigungen für von den Deutschen begangene Verbrechen finden überhaupt nicht statt. Die zwischenstaatlichen Konsultationen, die nach den PiS-Regierungen ein Beweis für bessere Beziehungen sein sollten, werden auf unbestimmte Zeit verschoben. „Formal haben sich unsere Beziehungen nicht verändert, aber es fehlt an Vertrauen. Im öffentlichen Raum verkompliziert jede unserer Äußerungen die Beziehungen nur noch mehr. Deshalb ziehen wir es vor, nichts zu sagen“, berichtet einer der deutschen Diplomaten.

Wie kam es dazu? Meine Gesprächspartner aus Warschau und Berlin verweisen übereinstimmend auf mehrere Gründe: die erwähnten Probleme an der Grenze, den Präsidentschaftswahlkampf und die Niederlage Rafał Trzaskowskis sowie schließlich die Abschaffung des polnischen Beauftragten für die Zusammenarbeit mit Deutschland. Der Hauptgrund dafür ist der Anstieg antideutscher Stimmungen in Polen, angeheizt durch PiS und die Konföderation. Politiker der KO werden seit Jahren von der Rechten beleidigt und als „Lakaien Berlins und Brüssels“ bezeichnet. Während des Präsidentschaftswahlkampfes nannte Nawrocki Tusk einen „deutschen Lakaien“. Trzaskowski wiederum wurde als Politiker dargestellt, der die Befehle Berlins ausführen werde. Einige Tage vor der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen, die am 1. Juni stattfand, veröffentlichte Tusk einen Tweet, der diesen Schmähungen entgegentreten sollte: „Am Namen Trzaskowski werden sich die Deutschen die Zunge brechen. Für jeden echten Patrioten ist die Wahl also offensichtlich.“

Der Tweet über Trzaskowski, dessen Namen die Deutschen angeblich nicht aussprechen können, ist jenseits der Oder bis heute in Erinnerung geblieben und wird als „schockierend“ bezeichnet, wie einer meiner Gesprächspartner sagt. Was in Polen als harmloser Scherz durchgeht, stößt in Deutschland auf Unverständnis und gilt als Beleg für den schlechten Willen der Regierung, dass Tusk kein Gespräch mit Berlin führen will und die Deutschen am liebsten demütigen würde. Das Gewicht dieser Äußerung hängt damit zusammen, dass sie vom amtierenden Premierminister stammt. Unter den Deutschen lösen dagegen die offen antideutschen, selbsternannten Grenzpatrouillen von Robert Bąkiewicz an der polnisch-deutschen Grenze kaum größere Emotionen aus. Denn im Grunde sind sie selten und haben keinerlei Rückhalt bei den Regierenden. Doch einige Wochen später -- nach den ersten Patrouillen Bąkiewicz' -- kündigt die Regierung die Einführung von Patrouillen an der Grenze zu Deutschland und zu Litauen an.

Einen Monat später geht eine andere Mine hoch. Im August veröffentlicht die „Rzeczpospolita“ einen Artikel darüber, dass Prof. Krzysztof Ruchniewicz, Beauftragter des Außenministeriums für gesellschaftliche und grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Deutschland sowie Direktor des Pilecki-Instituts, ein Seminar organisieren wollte, auf dem die Rückgabe deutscher Kulturgüter durch Polen erwogen werden sollte. PiS-Politiker fordern die Entlassung des „prodeutschen“ Ruchniewicz, und auch ein Teil der Politiker der Regierungskoalition greift ihn an. Ruchniewicz wird abberufen, und das 2004 geschaffene Amt des Beauftragten wird abgeschafft (Berlin hat seitdem weiterhin seinen eigenen Ansprechpartner für die Beziehungen zu Warschau). Das Außenministerium informiert darüber mit einem knappen Eintrag im Dienst X. Ein Auge auf das antideutsche Elektorat wirft schließlich Tusk selbst, während der Kabinettsitzung mit dem bereits vereidigten Präsidenten Nawrocki. „Mich hat immer interessiert, warum unter der PiS-Regierung der Verkauf von Grundstücken an deutsche Eigentümer um 1000 % gestiegen ist“, sagte Tusk Ende August.

„Tusk hat seinem Riecher vertraut“ -- Krise in den polnisch-deutschen Beziehungen

Zur Besonnenheit rufen Wissenschaftler auf. Die polnisch-deutschen Beziehungen seien in einem „Strudel, der sie nach unten zieht“, geraten, schreiben Monika Sus und Tobias Bunde, Wissenschaftler am Institut für Politikwissenschaft der Polnischen Akademie der Wissenschaften (PAN) und an der Hertie School of Governance in Berlin. Aber unseren Informationen zufolge gibt es von diesem Weg kein Zurück mehr. Eine

der dem Premier nahestehenden Personen sagt der „Wyborcza“, Tusk sei der Ansicht, dass er ein Gespür für die gesellschaftliche Stimmung habe, das Pendel sich nach rechts bewegt habe und es keinen Sinn mache, dagegen anzukämpfen. „Tusk hat auf seinen eigenen Riecher vertraut. Er ist der Ansicht, dass sich die Welt verändert hat. Deshalb habe er antideutsche und anti-migrantische Positionen eingenommen“, sagt mein Gesprächspartner.

Noch während des Wahlkampfes erhielten die Minister das Verbot, Regierungsprojekte zu veröffentlichen, die konservative Wähler verärgern könnten. Beispiele dafür sind Reformen des Ministeriums von Barbara Nowacka und das Projekt zur Gesundheitsbildung, das gekürzt und erst im September vorgestellt wurde. Ebenso wurde während des Wahlkampfes das Hilfsprogramm für ukrainische Kinder in Schulen zurückgezogen.

„Tusk hat alle in ihrem Eifer demobilisiert. Er wollte Risiko vermeiden, um Stabilität zu wahren und Angriffe zu verhindern“, erklärt mein Gesprächspartner. Ein solches politisches Risiko wurde der Fall von Prof. Krzysztof Ruchniewicz. (...) Die Entscheidung zur Abberufung Ruchniewicz' traf Tusk nach Rücksprache mit Außenminister Radosław Sikorski. Sie fiel im Zuge der Regierungsumbildung nach den Wahlen und der verlorenen Präsidentschaftskampagne.

Kritiker der Abberufung wiesen darauf hin, dass dies für die Deutschen schwer zu erklären sei und die Bedeutung der Beziehungen zu ihnen schwächen könnte. Besonders erstaunte die Tatsache, dass das Außenministerium die Stelle des Beauftragten für die Zusammenarbeit mit Deutschland überhaupt abgeschafft hat. „Der polnische Beauftragte für die Zusammenarbeit mit Deutschland existierte sogar unter der PiS-Regierung, obwohl die Beziehungen damals historisch am angespanntesten waren“, betonen meine Gesprächspartner aus Polen und Deutschland gleichermaßen. Deutschland hat nur drei Regierungsbeauftragte: für Frankreich, die Vereinigten Staaten und Polen. Sie symbolisieren die besondere Bedeutung, die diesen Beziehungen beigemessen wird. Doch diese Argumente wurden von Tusk nicht berücksichtigt.

Die Polnisch-Deutschen-Beziehungen: „Wir wissen nicht, was die polnische Regierung will“

Das Außenministerium teilt mit, dass nun die Staatssekretärin im Außenministerium, Henryka Mościcka-Dendys, für die Beziehungen zu Deutschland zuständig sein soll. Ihre Kompetenzen werden auch in Berlin hoch geschätzt. Wie meine deutschen Gesprächspartner sagen, ist jedoch unklar, ob die Beziehungen zu Deutschland für sie eine Priorität haben werden, wie es beim Beauftragten der Fall war, oder ob es nur eines von vielen Ländern sein wird, um die sie sich kümmern wird. Das Außenministerium versichert: „Angesichts der aktuellen Bedrohungen für die Sicherheit und die internationale Ordnung ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland unverzichtbar und erfordert daher die entsprechende Dynamik in den Schlüsselbereichen.“

Die Beziehungen zu Deutschland sind wegen der russischen Aggression gegen die Ukraine von Bedeutung. Wie meine Gesprächspartner in Warschau und Berlin bestätigen, ist es Merz, der Polen in den Friedensgesprächen vertritt. Vor dem Gipfel in Washington, als Präsident Donald Trump im Weißen Haus den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj zusammen mit mehreren europäischen Führern empfing, drängte der deutsche Kanzler die Amerikaner, uns in die Verhandlungen einzubeziehen. Auf diese Bitte hin gab es jedoch keine Antwort.

Ein seit Jahren ungelöstes Thema, das wie ein Schatten auf den Beziehungen zu Deutschland liegt, ist die Frage der Entschädigungen für während des Zweiten Weltkriegs begangene Verbrechen. Die PiS-Regierung hat diese Frage zur höchsten Priorität in den bilateralen Beziehungen erhoben. Die von PiS geforderten 1,3 Billionen Euro wollen die Deutschen jedoch nicht zahlen. Dabei geht es nicht nur darum, dass sie dies rechtlich für unmöglich halten. Eine solche Summe würde fast das Dreifache des Jahreshaushalts Deutschlands übersteigen. Berlin ist der Ansicht, dass eine Zahlung die Staatsfinanzen

ruinieren und zudem zu weiterem Zulauf für die extrem rechte, fremdenfeindliche und prorussische AfD führen würde.

Deutschland betont, dass es bereit ist, Entschädigungen an die noch lebenden 60.000 polnischen Opfer der deutschen Besatzung zu zahlen. Letztes Jahr jedoch, noch unter der Regierung des Sozialdemokraten Olaf Scholz, scheiterte die Angelegenheit. Die von Deutschland vorgeschlagene Summe von 200 Millionen Euro wurde von der Regierung Tusk als unzureichend abgelehnt.

Gleichzeitig wird die Forderung nach Reparationen von den Deutschen als populistisch angesehen. Ein deutscher Diplomat äußert die Überzeugung, dass sie zurückgezogen werde, sobald sich die politische Stimmung in Polen ändere. (...) Für das Scheitern der Verhandlungen über das Abkommen gibt das deutsche Außenministerium den Polen die Schuld, obwohl es das Kanzleramt unter Scholz war, das die wichtigsten Elemente zurückzog. In Warschau hört man seitdem unverändert, dass die Regierung auf einen „kreativen Vorschlag“ aus Berlin wartet.

„Ich habe den Eindruck, dass egal, was wir vorschlagen würden, es die polnische Seite ohnehin nicht zufriedenstellen würde. Wir wissen nicht, was die polnische Regierung will“, zuckt ein anderer meiner Gesprächspartner, ein Politiker in Berlin, mit den Schultern. Das Abkommen, das die Reparationen regeln sollte, wurde im vergangenen Jahr von polnischen und deutschen Diplomaten hinter verschlossenen Türen verhandelt. In Warschau erinnert man sich jedoch noch daran, dass die Regierung Scholz sich bei Vorschlägen zum militärischen Beistand für Polen, die Deutschland hätte leisten sollen, zurückgezogen hat. Dies war ein wesentlicher Bestandteil des Abkommens zur Regelung der Reparationen. Nun zeigt sich, dass nach dem Wahlsieg der CDU und von Merz die Angelegenheit überhaupt nicht vorangekommen ist. „Formal arbeiten wir weiterhin mit Warschau zusammen, aber die Atmosphäre ist eingebrochen. Jetzt sieht es so aus, als wären wir zurück im Jahr 2015“, höre ich in Berlin.

Gleichzeitig versichern die Deutschen, dass die Position des Koordinators für die Beziehungen zu Polen nicht abgeschafft wird. Auch die Arbeiten am Bau eines Denkmals für die polnischen Opfer deutscher Verbrechen aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs sollen weitergehen, an dessen Stelle Anfang des Sommers symbolisch ein Findling aufgestellt wurde. Den Aufbau dieses Steins hatten die polnischen Behörden durchgesetzt. Er sollte den Fakt besiegeln, dass es keinen Rückweg mehr gebe: Ein richtiges Denkmal, das die Deutschen bisher abgelehnt hatten, solle nun errichtet werden. In Berlin -- entgegen den Behauptungen der polnischen Rechten -- gibt es keine Denkmäler, die einzelne, ausgelöschte Völker separat erinnern. Deutschland wollte eine Situation vermeiden, in der auch andere Länder Anspruch auf eigene Denkmäler erheben würden. Doch den Polen gelang es, sich durchzusetzen. Von der Rechten wird das provisorische Denkmal jedoch als Skandal betrachtet und als Versuch, sich der Verantwortung für die deutschen Verbrechen zu entziehen.

Kommt eine Koalition der KO mit der Konföderation? „Tusk ist der Ansicht, dass es kein Zurück mehr gibt.“

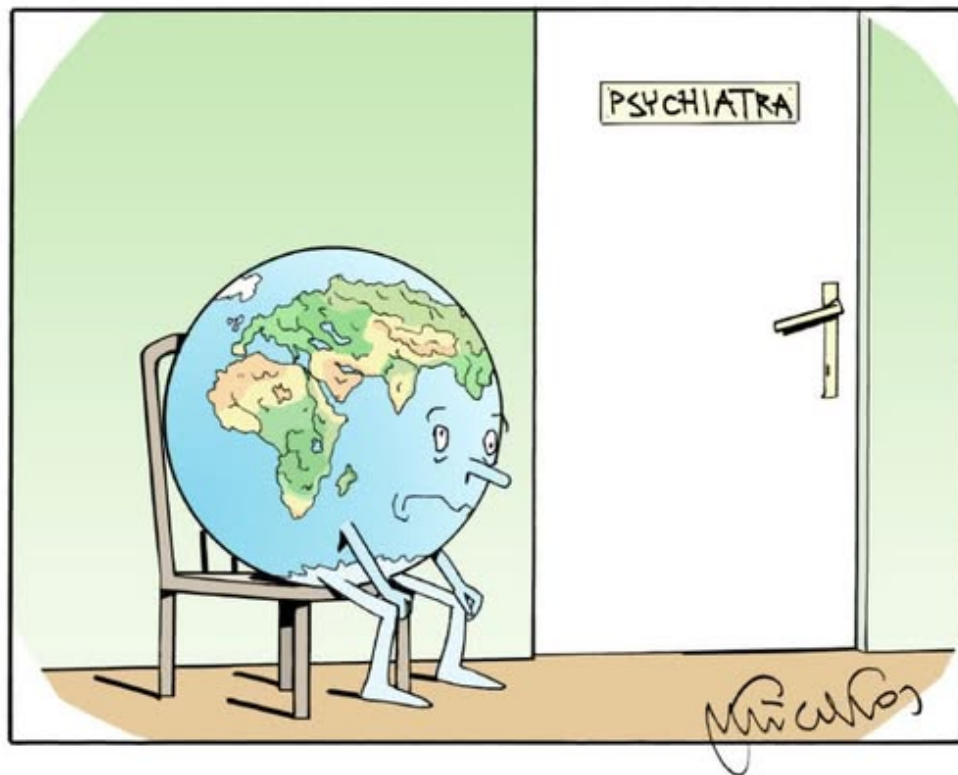
In Berlin werden die antideutschen Äußerungen und Gesten der letzten Monate, auch seitens der Regierung, als Ergebnis innerpolnischer Machtkämpfe wahrgenommen. Mit einer solchen Kampagne lässt sich zunehmend politisches Kapital schlagen. Und gegen diese Kampagne, so versichert einer meiner Gesprächspartner, will sich der Regierungschef nicht stellen. Eine Person aus dem Umfeld des Premiers berichtet, dass „Tusk nicht mehr auf diejenigen hört, die sagen, dass sein Handeln reaktiv sei“. Und dass er durch solch ein Handeln die Stärke der rechten Radikalen weiter anwachsen lasse. Er ist von der Richtigkeit seines Handelns überzeugt. Er ist der Ansicht, dass es kein Zurück mehr gibt, höre ich von einem Politiker aus dem Umfeld des Premiers.

Meinem Gesprächspartner zufolge soll die Rechtswendung auch künftig eine Koalition mit der Konföderation ermöglichen. Zumindest mit einem Teil von ihr, falls es zu einer „weiteren Schwächung von Hołownias Partei kommt oder es zu Reibungen mit der Linken kommt.“

Es geht um den moderateren Teil der Konföderation, der keine Zusammenarbeit mit der PiS will, aber eine Koalition mit der Plattform akzeptieren würde, wenn diese zu ihren Wurzeln zurückkehrt. „Es wäre eine wirtschaftsliberal ausgerichtete Koalition“, sagt einer meiner Gesprächspartner.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75399,32226138,uwierzył-w-swoj-nos-dlaczego-tusk-chce-ochlodzić-relacje.html#s=S.TD-K.C-B.1-L.2.duży>



www.mleczko.pl

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:
<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Härterer Kurs Deutschlands beim Thema Reparationen. Ein Experte spricht von einem „Schritt zurück“



Quelle: interia.pl

Von **Jakub Krzywiecki**

Eine Verschärfung des Kurses der deutschen Regierung bezüglich der Reparationen ist offensichtlich, schätzt Dr. Janusz Sibora in einem Interview mit Interia ein. Er analysiert die Ankündigungen Berlins nach dem Treffen mit Präsident Karol Nawrocki und stellt fest, dass es jetzt „weniger ist, als wir hatten“.

- Die polnisch-deutschen Beziehungen sind eindeutig durch eine Verhärtung des Kurses der deutschen Regierung in der Reparationsfrage gekennzeichnet, betont Dr. Janusz Sibora.
- Das Treffen von Präsident Karol Nawrocki in Berlin verlief nach dem Protokoll, aber die Mitteilungen von deutscher Seite war nicht so offen wie in der Vergangenheit.
- Deutschland legt den Schwerpunkt auf die rechtliche Regelung der Wiedergutmachung und die Förderung der Versöhnung, während die persönliche Beziehung zwischen Nawrocki und Steinmeier distanziert bleibt.

Nach Angaben der polnischen Seite im Vorfeld der Reise des Präsidenten nach Berlin ging es beim Besuch von Karol Nawrocki um drei Themen: Sicherheit, Beziehungen innerhalb der Europäischen Union und Reparationen. Das letzte dieser Themen zieht vor allem nach der Erklärung des Präsidenten vom 1. September die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich. Am Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs kündigte er an, dass er von Deutschland Reparationen für Kriegsverluste „fordert“.

Es besteht kein Zweifel, dass die deutsche Seite ein Gespräch über dieses Thema erwartet hat. „Die deutsche Diplomatie ist professionell vorbereitet. Der Kurs ist festgelegt. Frank-Walter Steinmeier hat vom Auswärtigen Amt eine sehr genaue Anweisung bekommen und sich daran gehalten, betont in einem

Interview mit Interia Dr. Janusz Sibora, einem Experten für diplomatisches Protokoll und internationale Angelegenheiten.

In diesem Zusammenhang weist unser Gesprächspartner auf einen härteren Kurs der Bundesregierung als unter Bundeskanzler Olaf Scholz hin.

Karol Nawrocki in Berlin. Neues Kommuniqué zu Reparationen

Sibora weist darauf hin, dass der Besuch in Berlin protokollarisch reibungslos verlief und das Treffen mit dem deutschen Bundespräsidenten dem „typischen Zeremoniell“ folgte, das jedem Staatsoberhaupt zusteht.

Nawrocki erschien zunächst in der Residenz des deutschen Bundespräsidenten im Schloss Bellevue. Die Präsidenten hatten einen Moment Zeit für ein Gespräch unter vier Augen, dann trafen die Delegationen beider Länder zusammen. Der nächste Punkt war ein Besuch im Kanzleramt, wo Nawrocki erneut ein „Einzelgespräch“ mit Friedrich Merz führte.

Die Bundesregierung betonte in einer Erklärung, dass Deutschland angesichts der russischen Bedrohung „fest und unerschütterlich“ an der Seite Polens stehe. Zur Frage der Reparationen wies sie darauf hin, dass es die Aufgabe der Bundesregierung sei, „die Versöhnung mit Polen nach den Gräueltaten des Zweiten Weltkriegs und der deutschen Besatzung zu fördern“.

Zuvor hatte eine Sprecherin Steinmeiers ein Kommuniqué zu diesem Thema herausgegeben. „Der Bundespräsident betonte, dass die Frage aus deutscher Sicht gesetzlich geregelt sei. Die Förderung des Gedenkens und des Erinnerns bleibt aber ein gemeinsames Anliegen“, - teilte Cerstin Gammel mit.

„Ein Rückschritt“. Experte zum Kurs der deutschen Regierung

„Das ist weniger, als wir hatten. Als Donald Tusk nach Berlin kam, um sich noch mit der früheren Kanzlerin zu treffen, lautete die Linie der deutschen Politik, dass die Reparationsfrage rechtlich geklärt sei, es aber dennoch die Frage der moralischen Verpflichtung gegenüber dem polnischen Volk für den entstandenen Schaden gebe. Es wurde eine Art Formel gesucht, Tusk schlug vor, die militärische Unterstützung für Polen zu erhöhen“, so Sibora.

Es ging auch um die Hilfe für die Opfer der deutschen Besatzung. „Aber sie war so gering, dass der Besuch des Kanzlers bei Tusk in einem Fiasko endete. Die Beträge waren so niedrig, dass Tusk sie ablehnte“, kommentiert unser Gesprächspartner. Vor allem angesichts der unter der Regierung von Recht und Gerechtigkeit erstellten Kriegsschadenberechnungen, die eine Summe von 1,3 Billionen Euro auswiesen.

Sibora unterstreicht, dass Steinmeiers derzeitige Position zweifellos mit den Empfehlungen der deutschen Regierung übereinstimmt. Die Frage der moralischen Verantwortlichkeit für den angerichteten Schaden sei verschwunden und durch die „Förderung der Versöhnung“ ersetzt worden. Der Experte fügt hinzu, dass dies als ein härterer Kurs des neuen Bundeskanzlers in Sachen Wiedergutmachung interpretiert werden kann.

„Der vorherige Kanzler war offen für eine breitere Formel, also haben wir es hier mit einem Rückschritt zu tun, und ein Rückschritt in der Diplomatie ist schlecht“, schlussfolgert Dr. Sibora.

Nawrocki-Steinmeier-Beziehungen. „Es wird keine Chemie geben“

Der Interia-Befragte weist auch darauf hin, dass die Reparationsfrage durch die Beziehungen zwischen Nawrocki und Steinmeier nicht verbessert wird. Dr. Sibora hatte die Gelegenheit, den deutschen Bundespräsidenten persönlich zu treffen.

„Steinmeier ist ganz anders als Nawrocki. Er ist sehr ruhig, versöhnlich, hat einen anderen Umgangston. Selbst wenn sie ihn ärgern, zieht er sich zurück und reagiert nach drei Tagen. Ich denke, er war sehr betroffen von Nawrockis Besuch, er hat sich inhaltlich und psychologisch darauf vorbereitet, weil es für ihn eine große Herausforderung war. Hier trafen zwei Welten aufeinander“, so der Experte.

„Die Chemie zwischen den beiden wird absolut nicht stimmen, denn Steinmeiers Vision von der Welt der internationalen Beziehungen, seine gesamte politische Philosophie, weicht völlig von der politischen Linie unseres Präsidenten ab“, kommentiert Dr. Janusz Sibora.

„Aber ich denke, dass Präsident Nawrocki nach Berlin gereist ist, um Innenpolitik zu betreiben. Er muss über Reparationen sprechen, er muss den Wählern, den Wählerinnen und Wählern zeigen, dass er in dieser Frage nicht nachgibt“, kommentiert Dr. Janusz Sibora.

Zsfg.: JP

<https://wydarzenia.interia.pl/zagranica/news-ostrejszy-kurs-niemiec-ws-reparacji-ekspert-o-kroku-wstecz.nld.22420001>

Wiedergutmachung, keine Reparationen. Nach dem Besuch von Karol Nawrocki in Berlin



Quelle: wyborcza.pl

Von **Bartosz T. Wieliński**

Statt der Billionen-Illusionen, die von der PiS ausgemalt werden, wäre etwas Konkretes besser. Zum Beispiel Geld aus Deutschland für ein gemeinsames Verteidigungsprojekt.

Worin unterscheiden sich „Kriegsreparationen“ von „Wiedergutmachung“? Beide Wörter sind juristische Begriffe, aber der Unterschied zwischen ihnen ist grundlegend. „Reparationen“ sind in harter Währung berechnete Entschädigungen für Kriegsschäden, die in der Regel von dem Staat gezahlt werden, der den Krieg verloren hat. Ihre Höhe wird nach dem Ende des Konflikts festgelegt, und dann beginnt die auf Jahre angelegte Rückzahlung.

„Wiedergutmachung“ hingegen ist ein weitaus umfassenderer Begriff und muss keineswegs einen finanziellen Charakter haben. Ich schreibe darüber, weil mir eine gewisse sprachliche Flexibilität aufgefallen ist, die den Besuch von Präsident Karol Nawrocki in Berlin begleitete. Vor der Reise kündigte sein Präsidialamt an, das Thema der Reparationen anzusprechen, und sein Chef Zbigniew Bogucki tadelte polnische Journalisten geradezu dafür, dass sie den Präsidenten in diesem Kampf nicht unterstützten, sondern nur Hindernisse aufstellten.

Wieviel war der Märtyrertod der Opfer des Zweiten Weltkriegs wert?

Doch die Hindernisse -- das wissen Nawrocki und Bogucki nur zu gut -- sind schließlich unüberwindbar. Polen hat 1953 auf Reparationen verzichtet, und die Rückkehr zu diesem Thema durch die PiS im Jahr 2022 hatte einen rein politischen Charakter: Es ging darum, Donald Tusk und die damalige Opposition

anzugreifen. Also um einen für die PiS typischen Tanz auf den Gräbern der Opfer des Zweiten Weltkriegs, deren Märtyrertod auf 6 Billionen Złoty umgerechnet wurde, oder vielmehr auf „politisches Gold“.

Die Mitteilungen über die Gespräche (leider wurden in Berlin nach den Treffen mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Bundeskanzler Friedrich Merz keine Pressekonferenzen organisiert) enthalten auf den Social-Media-Plattformen der Präsidialkanzlei jedoch nicht das Wort „Reparationen“. Die Rede ist von „Wiedergutmachung“.

Wiedergutmachung durch Deutschland -- und warum nicht ein gemeinsames Verteidigungsprojekt?

Ich habe ein Déjà-vu. In ähnlicher Weise ging das von PiS geführte Außenministerium unter Zbigniew Rau im Jahr 2022 an das Thema heran. In der an Deutschland übergebenen diplomatischen Note fehlte trotz vorheriger Ankündigungen ebenfalls das Wort „Reparationen“. Und das veränderte die Sache grundlegend. Denn über „Wiedergutmachung“ muss man mit Deutschland sprechen.

Die Verantwortung dieses Landes für den Krieg und die währenddessen begangenen Verbrechen endet auch 80 Jahre nach der Kapitulation des Dritten Reiches keineswegs -- darüber herrscht in unserem Land Konsens.

Auch wenn sich in Sachen Reparationen nichts mehr machen lässt, so haben die Deutschen gegenüber Polen weiterhin moralische Verpflichtungen, und wir haben das Recht zu erwarten, dass sie diese in messbarer Weise erfüllen. Es geht nicht um Überweisungen, sondern um gemeinsame Projekte.

Und da wir in Vorkriegszeiten leben und Polen und Deutschland NATO-Verbündete sind, die sich gegenseitig verteidigen werden, brauchen wir Projekte, die unsere gemeinsame Sicherheit erhöhen. Eine der Möglichkeiten wäre ein von Deutschland finanziertes, ultramodernes und lückenloses System zum Schutz Europas (einschließlich Polens) vor Raketenangriffen. Eine solche Idee kursiert in polnisch-deutschen Expertenkreisen schon seit geraumer Zeit, und nach dem russischen Drohnenangriff am 10. September ist die Frage der Luftverteidigung zu einer Priorität geworden.

So ein konkretes Vorhaben wäre besser als eben Billionen-Illusionen.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7.75399.32256503.zadoscuczynienie-nie-reparacje-po-wizycie-karola-nawrockiego.html#s=S.TD-K.C-B.1-L.1.duzy>

Prof. Czeńnik: Kaczyński ist nicht mehr die einzige Wahl für diejenigen, die mit Tusk unzufrieden sind, da Nawrocki aufgetaucht ist



Quelle: wyborcza.pl

Von **Agnieszka Kublik**

„Für die PiS wird es immer schwieriger, Wähler von Mentzen, Bosak oder Braun für sich zu gewinnen. Der Kontext dieser Aktionen hat sich grundlegend geändert. Das war schon vorher unrealistisch, heute ist es noch unrealistischer.“, sagt Professor Mikołaj Czeńnik gegenüber „Wyborcza“.

Agnieszka Kublik: Die politische Situation hat sich grundlegend geändert. Also sind zum Beispiel die vorgezogenen Parlamentswahlen nicht mehr aktuell?

Prof. Mikołaj Czeńnik, Direktor des Instituts für Sozialwissenschaften an der Universität SWPS, Vorsitzender des Rates der Stefan-Batory-Stiftung: Heute, während wir sprechen, und es ist der 12. September - werden sie es immer weniger. Diejenigen, die es wollen, werden immer weniger. Nach der Nacht vom 9. auf den 10. September wird es immer schwieriger, offen darüber zu sprechen, denn ja, die Situation hat sich drastisch verändert.

In dieser Nacht verletzte Russland unseren Luftraum in noch nie dagewesener Weise: Russische Drohnen flogen sieben Stunden lang in unseren Luftraum. Insgesamt waren es 21.

Und wenn ich mich nicht irre, war es das erste Mal seit der Gründung der NATO, dass ausländische feindliche Objekte auf dem Territorium der Bündnisländer abgeschossen wurden. Dies hat eine ganze Reihe von Ereignissen ausgelöst, Artikel 4 des NATO-Paktes wurde auf unser Ersuchen hin ausgelöst, wir erhielten Unterstützung von den Führern Europas und des Bündnisses.

Während es vor diesen Ereignissen noch möglich war, über vorgezogene Neuwahlen zu diskutieren, weil das Mandat der Koalition am 15. Oktober ausgelaufen war, wie die Opposition betonte, ist dies nun schwieriger, wenn nicht gar unmöglich.

Heute wäre dies unter dem Gesichtspunkt der Staatsverteidigung und des sozialen Zusammenhalts eine schlechte Idee. Vorgezogene Wahlen würden sich für uns -- als Staat -- im Hinblick auf unsere Kriegsvorbereitungen sicher nicht auszahlen. Wachsende Polarisierung, Hysterie, Verschärfung, die spaltet.

Kriege?

Ja, sagen wir es offen: Wir müssen uns auf das düsterste Szenario vorbereiten und auf das Beste hoffen.

Zu diesen Wahlkampfandrohungen möchte ich auch die Desinformation hinzufügen, mit der Putin uns bei dieser Wahl ausspielen möchte. Nach dem 10. September hat die russische Desinformation ein nie dagewesenes Ausmaß angenommen.

Auch die Russen haben es vor einem Dutzend Jahren zu ihrer Kriegsdoktrin gemacht, Desinformationen zu verbreiten, die Gesellschaft zu spalten und verschiedene Gruppen gegeneinander auszuspielen.

In einem Wahlkampf geht es darum, bestehende Unterschiede zwischen politischen Parteien und Kandidaten hervorzuheben. Russland heizt dies an.

Zumal in unserer Kampagne nicht so sehr die Unterschiede hervorgehoben werden, sondern vielmehr die Feindseligkeit geschürt wird.

Heute stelle ich einen Stimmungsumschwung bei den Politikern fest. Rechte Portale zitieren zum Beispiel Slawomir Cenckiewicz, den Leiter des präsidentiellen Sicherheitsbüros [BBN], mit den Worten, das Gespräch mit der Regierung habe in einer sehr guten Atmosphäre stattgefunden und sei substantiell gewesen. Und Ministerpräsident Tusk spricht von einer Zusammenarbeit mit dem Präsidenten. All dies deute ich als einen neuen versöhnlichen Ton im öffentlichen Diskurs Polens.

Bezeichnend ist auch, dass Jaroslaw Kaczynski nicht unmittelbar nach dem Nationalen Sicherheitsrat gesprochen hat. Und Tusk und Nawrocki gaben sich die Hand. Sind sie zu Staatsmännern herangewachsen, oder ist es das, was ihre Medienberater ihnen sagen?

Umfragen zufolge erwartet die größte Gruppe, 38 Prozent, dass sie miteinander auskommen und beide nachgeben.

Wenn sie sich von Herzen ärgern, es aber nicht öffentlich zeigen, sondern Zusammenarbeit versprechen, dann ist das in Ordnung, das ist das Wesen der Demokratie. Jede ausgestreckte Hand in Richtung eines Gegners oder gar eines politischen Feindes ist eine Handlung gegen Putin, es ist seine Niederlage.

Jaroslaw Kaczynski hat seinen Wahlkampf bereits begonnen....

... er begann es eigentlich gleich nach Karol Nawrockis Sieg....

... nach dem Prinzip, dass am Tag nach einer Wahl ein neuer Wahlkampf beginnt.

Ja, aber jetzt wird er in eine andere Richtung gehen.

Vor nicht allzu langer Zeit ermutigte Kaczynski die Menschen, für die PiS zu stimmen, indem er ihnen eine „Politik der gerechten Entwicklung“ versprach, „weil diese mit den Lehren der Kirche und Christi übereinstimmt“.

Das war vor dem 10. September, nicht wahr?

Ja, Ende August.

Ja, das stimmt. Heute geht ein solches Versprechen -- wenn ich so sagen darf -- an der Wirklichkeit vorbei. Kaczynski wird seine Strategie ändern müssen, das versteht sich von selbst. Wie, das wissen wir noch nicht. Aber wir wissen, dass es sehr schwierig sein wird (nicht nur für ihn), zur Politik der Zeit vor dem 10. September zurückzukehren.

Wir leben in einem Zustand der Alarmbereitschaft. Und es scheint, dass dies für uns im Allgemeinen gut oder zumindest nützlich sein könnte.

Weil?

Weil es helfen kann, einige Dinge zu erledigen, die in Friedenszeiten nicht so wichtig erscheinen, weil wir uns dann hauptsächlich auf Konsum, Freizeit und andere „friedliche“ Dinge konzentrieren.

Ich denke zum Beispiel an die Verteidigung im weitesten Sinne, d. h. die Vorbereitung der Öffentlichkeit auf den Krieg, den Zivilschutz, die Vorbereitung von Schutzräumen, den Abschluss von Waffenkäufen oder die Vorbereitung des Gesundheitswesens auf härtere Zeiten.

Das Gesundheitswesen darf heute nicht vernachlässigt werden; seine Rolle im Kriegsfall ist entscheidend. Die Umwandlung des Staates in einen Vorkriegsmodus ist unvermeidlich. Aber sie kann auch irgendwie -- paradoxerweise -- nützlich sein

Das Leben an den östlichen Rändern der Republik sieht heute anders aus als noch vor zehn Jahren. Dort herrscht ständige Gefahr, und die Menschen, die dort leben, passen sich langsam an die neue, schwierige Realität an. Das ist das Gebot der Stunde, so ist die moderne Welt.

Jetzt sollten wir im öffentlichen Diskurs vor allem über Kriegsvorbereitungen sprechen, über die Zahl der Soldaten, die wir mobilisieren können, über Nachschub, über eine ausreichende Zahl von Krankenhausbetten. Vielleicht ist dies auch der Zeitpunkt, an dem wir wieder über die allgemeine Wehrpflicht sprechen sollten? Ich sage nicht, dass wir sie sofort einführen sollen, aber dies ist sicher ein guter Zeitpunkt, um diese Diskussion zu beginnen.

Und schließlich ist dies der richtige Zeitpunkt, um über die Schule zu sprechen. Wie sollten Schulen junge Bürger und junge Bürgerinnen auf ein Leben in einer Welt mit Kriegsgefahr vorbereiten? Was tun wir, damit sie in einer Welt zurechtkommen, die nicht mehr so sein wird wie vor 2022 oder 2014 oder gar vor dem 11. September 2001? Damals gab es diese Illusion aus den 1990er Jahren, dass die Dinge jetzt ganz anders und wunderbar sein würden. Diese Illusion lag zusammen mit den WTC-Gebäuden in Trümmern.

Kaczyński hat einen Plan: die Wahlen in zwei Jahren zu gewinnen, um allein zu regieren. Derzeit hat er etwa 30 Prozent der Stimmen, etwa so viel wie die KO. Er schließt eine Koalition mit Bosaks und Mentzens Bund sowie mit Braun aus, will also deren Wähler für sich gewinnen.

Das ist sehr schwierig, denn es gibt sehr große Unterschiede zwischen diesen Wählern. Es sind sehr unterschiedliche Menschen, auch wenn sie sich in mancher Hinsicht offensichtlich ähnlich sind.

In einer solchen Koalition wäre es schwierig, den Grundsatz der sozialen Solidarität, von dem Kaczynski spricht, mit den Grundsätzen einer sehr strengen Haushaltsdisziplin, der Begrenzung der Ausgaben statt ihrer Erhöhung und der Senkung der Steuerlast zu verbinden, wie es die Parteien rechts von der PiS versprechen.

Es ist unmöglich, den Staat in den Vorkriegsmodus zu versetzen, ohne die Kosten zu erhöhen. Und genau darauf hat Mentzen hingewiesen, als er fragte, wie viel uns die Drohnenabwehr kostet. Das ist ein weiterer Keil, der zwischen der Konfederacja und die PiS getrieben wird. Denn Kaczynski -- denke ich -- würde jetzt nicht an der Verteidigung sparen wollen.

Die Übernahme von Wählern durch die PiS von Mentzen, Bosak oder Braun wird heute also immer schwieriger, der Kontext dieser Aktivitäten hat sich grundlegend geändert.

Das war schon vorher unrealistisch, heute ist es noch unrealistischer.

Es weht ein neuer Wind in den Segeln von Tusk. Von Nawrocki übrigens auch.

Und nicht Kaczynski?

Hier ist es. Nawrocki hat die perfekte Situation, um völlig unabhängig von Kaczynski zu werden. Jedenfalls geschieht dies bereits. Der Präsident ist bereits ein souveräner und unabhängiger Akteur und muss nicht mehr alles mit [der PiS-Zentrale] in der Nowogrodzka-Straße absprechen.

Er hat Kaczynski früher abgeschüttelt als Duda?

Ja, ich habe den Eindruck, dass er sich in kürzester Zeit von Kaczynski unabhängig gemacht hat, er hat die volle Unabhängigkeit angestrebt.

Nawrocki kann ein Hegemon auf der Rechten werden. Heute, in dieser schwierigen Phase, zeigt er ein gewisses Maß an Flexibilität, ist stark transaktionsorientiert und unbelastet von all dem, was die Beziehung

zwischen Tusk und Kaczynski belastet, einer jahrzehntelangen Geschichte von schlechten Gefühlen, gegenseitigen Fouls und aufrichtigen Ressentiments.

Tusk - so scheint es - geht diese transaktionale Beziehung mit Nawrocki ein. Ich verstehe, dass sie beide wissen, dass ihre Zusammenarbeit für beide politisch profitabel ist. Und es freut die Bürger, dass sie sich die Hände schütteln und miteinander reden.

Und die Demokraten? Hier sind verschiedene Prozesse im Gange - das Auseinanderbrechen von Trzecia Droga, aber auch die angekündigte Koalition von PO, Nowoczesna und der Inicjatywa Polska.

Da die Möglichkeit von vorgezogenen Wahlen geringer geworden ist, können sie aufatmen, da sie nun bessere Chancen haben, für die Wahlen in zwei Jahren gut vorbereitet zu sein.

In einer Notsituation kann sich eine Liste der nationalen oder demokratischen Einheit herausbilden.

Eine Liste, die im Jahr 2023 nicht möglich war, könnte vor den Wahlen 2027 entstehen?

In der polnischen Politik ist in der Tat vieles möglich. Fast alles... Ich nehme sogar in Kauf, dass die Parlamentswahlen im Jahr 2027 nicht stattfinden können, weil...

...weil Krieg?

Als verantwortungsbewusster Forscher und Akademiker habe ich die Pflicht zu wiederholen, dass man auf das dunkelste Szenario vorbereitet sein muss. Dies ist die Verantwortung des Staates, aller seiner Strukturen, auch aller politischen Parteien, einschließlich derer in der Opposition. Und auch aller mündigen Bürger.

Wir müssen ernsthaft darüber nachdenken, dass die nächsten Parlamentswahlen möglicherweise auf eine ruhigere Zeit verschoben werden müssen. Ich sage nicht, dass dies sehr wahrscheinlich ist. Aber es wäre unverantwortlich, dies nicht in Betracht zu ziehen.

Ich würde mir wünschen, dass sich die Lage so beruhigt, dass wir diese dramatischen Szenarien nicht analysieren, ja gar nicht erst in Betracht ziehen.

Um auf Kaczyński zurückzukommen: Er befindet sich heute in einer immer schwierigeren Situation, denn er ist nicht mehr die einzige Wahl für Millionen von Menschen, die mit Tusk unzufrieden sind, weil Nawrocki aufgetaucht ist. Der Präsident ist jetzt stark und unabhängig genug, dass er sogar einen gewissen Einfluss auf die Aufstellung der PiS-Wahllisten haben kann, indem er bestimmte Kandidaten benennt.

Und noch ein Paradoxon. Es ist wahrscheinlich in gewisser Weise eine gute Sache, dass Nawrocki und nicht Trzaskowski die Wahl gewonnen hat. Denn unter den mehr als 20 Millionen politisch mobilisierten polnischen Bürgern hat jeder einen Vertreter in der derzeitigen Exekutive. Wenn alle Macht in den Händen von Tusk (oder Kaczyński) gelegen hätte, hätten wir eine unvergleichlich schwierigere Situation.

Denn diejenigen, die Nawrocki unterstützt haben, das sind über 10 Millionen Wähler, hätten eine Hysterie ausgelöst, wenn sie verloren hätten. Erstens, dass die Wahl gefälscht war, zweitens, dass der Präsident keine Legitimität hat.

Damit würde in Polen das Chaos einer Vorkriegssituation drohen. Das ist wahnsinnig gefährlich, zum Beispiel mit Folgen für das Militär, wenn das Wahlmandat des Chefs der Streitkräfte in Frage gestellt wird.

Für Kaczyński ist Tusk der Erzfeind. Wird Nawrocki sein Nachfolger?

Vielleicht wird Nawrocki eines Tages, recht bald, auch in den Augen von Kaczynski die Rolle des Super-Feindes übernehmen. Zum Glück müssen wir uns darüber heute keine Gedanken machen, wir haben andere, ernstere, reale Probleme.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7.75398.32248076.prof-czesnik-kaczynski-przestaje-byc-jedynym-wyborem-dla-niezadowolonych.html#s=S.MT-K.C-B.1-L.1.duzy>

Die Rechte begreift langsam, dass Trump Polen verrät. Doch sie macht gute Miene zum bösen Spiel



Quelle: krytykapolityczna.pl

Von **Galopujący Major**

Obwohl ich keineswegs der jüngste Beobachter der polnischen Politik bin, muss ich gestehen, dass ich mich nicht daran erinnere, wie es aussah, als der Erste Sekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion nach Polen kam. Wie sehr man vor ihm niederkniete, wie man sich zu Verbeugungen zwang, wie man sich erniedrigte, ohne jedes Gefühl nationaler Würde. Doch müssen wir nichts missen, denn genau dieselben Bilder erhalten wir, wenn sich die PiS- und Konföderations-Rechte vor dem amtierenden Präsidenten der USA anbiedert.

Es begann mit dem skandierten Ruf: „Donald Trump, Donald Trump“, dann fingen sie an, diese idiotischen MAGA-Mützchen aufzusetzen. Schließlich sollte das Treffen mit Trump im Wahlkampf geradezu symbolisch den Rang eines Segens vonseiten eines neuen rechtslastigen Breschnew oder gar eines anderen Johannes Paul II. erhalten. Ja, zuletzt, nach der Ermordung des Hetzers und Organisators der Hassindustrie, eines gewissen Charlie Kirk, begannen Abgeordnete von PiS und der Konföderation damit zu drohen, sie würden ihre eigenen Landsleute in den USA anschwärzen, nur weil jemand boshafte Memes teilt.

Wie bekannt, gefällt der Rechten schwarzer Humor und mangelnde politische Korrektheit dann, wenn man einen Schwarzen, eine Lesbe oder eine Transperson verspotten kann, aber keineswegs, wenn jemand „unsere Leute“ lächerlich macht. Dann eilt man mit Denunziationen in die USA, wie es etwa der Präsident des Verfassungsgerichts getan hat. Offenbar halten sich die Traditionen des Anschwärzens der eigenen Landsleute aus zaristischen Zeiten bei PiS noch immer hartnäckig.

Taco Trump schützt Russland

Das Problem ist, dass selbst der größte Kriechgang vor Trump, das Niederfallen vor ihm und das geistige Wälzen im Staub, wie es sich die PiS-Leute in Washington selbst antun, die wichtigste Tatsache nicht ändert. Nämlich die, dass Trump Polen als Verbündeten schlichtweg verrät.

Gewiss, es ist kein ganz offener Verrat -- Donald „TACO“ (Trump Always Chickens Out) Trump wird noch zehnmal seine Meinung ändern, Russland drohen, wieder zurückrudern, dann erneut drohen und so weiter im Kreis. Doch inzwischen sehen wohl fast alle, dass es in diesem Chaos eine einzige unverrückbare Regel gibt: Russland auf keinen Fall allzu großen Schaden zuzufügen.

Darum heißt es von Trump, wenn Drohnen auf Polen niedergehen, es sei vielleicht ein Versehen gewesen. Darum verkünden die USA wenige Tage nach Nawrockis Besuch, sie würden die baltischen Staaten im Kampf gegen Desinformation nicht unterstützen. Darum will Vizepräsident Vance wirtschaftliche Geschäfte mit Russland machen. Und schließlich rollt deshalb Trump Putin den roten Teppich aus und veröffentlicht am Ende -- genauer gesagt: wirft in den sozialen Medien hinaus -- einen Brief an die NATO, in dem er Hilfe an absichtlich unüberwindbare Bedingungen knüpft, etwa den völligen Ausstieg aus dem Öl (was sein enger PiS-Freund, der prorussische Orbán, sofort blockieren wird) sowie einen Zollkrieg mit China.

All das verfolgt nur ein einziges Ziel: den Schutz Russlands vor härteren Sanktionen. Man stelle sich nur vor, Merkel oder Macron hätten so etwas -- etwa nach einem Treffen mit Tusk -- unternommen. Die polnische Rechte hätte sich doch in hysterischen Krämpfen am Boden gewälzt.

Die polnische Rechte kämpft weiter gegen „Woke“

Alles deutet jedoch darauf hin, dass die polnische Rechte in der Klemme steckt. Abgesehen davon, wie troglodytisch es ist, die gesamte konservative Botschaft auf den Kampf gegen ein imaginäres „Woke-Linkstum“ zu reduzieren, hat die polnische Rechte zwei grundlegende, geradezu kindische Fehler begangen.

Erstens geht sie -- aus unerfindlichen Gründen -- davon aus, dass eine Art Gemeinschaft des Widerstands gegen das „Linkstum“ ein wirksamer Garant gemeinsamer geopolitischer Interessen sei. In Wahrheit ist das natürlich keineswegs der Fall. Trump mag genauso wie Matecki, Tarczyński oder irgendein anderer polnischer Rechtsaußen bis über beide Ohren in Hass auf das linke „Fremde“ versinken, doch heißt das keineswegs, dass er seine polnischen „Verbündeten“ als Partner behandelt, und nicht als Fußabtreter.

Zweitens: Man kann Polen nicht wie eine Insel aus Europa herausziehen und anders behandeln als Deutsche, Schweden, Franzosen oder Italiener. Mental mögen die PiS-Leute den USA nahestehen (daher diese Tränen um den gestern noch kaum bekannten Kirk), aber geopolitisch wird Polen das Schicksal ganz Europas teilen.

Gleichzeitig ist die polnische Rechte mit diesem Europa zerstritten, und erneut gilt: Die einzigen Allianzen, die sie schließen will, sind mit rechten Parteien -- oft, ausgerechnet, prorussischen. Das bedeutet entweder eine Allianz mit der AfD, die es fertigbringt die Grenzen Polens im Westen infrage zu stellen, oder mit Meloni, der der polnische Protest gegen das Mercosur-Abkommen egal ist, oder mit Farage, der Politik auf Hass gegen ... Polen in Großbritannien macht.

Mit anderen Worten: Wo auch immer sich die Rechte hinwendet, ist sie gezwungen, Allianzen mit jemandem einzugehen, der Polen verachtet und ihre Interessen nicht im Geringsten Aufmerksamkeit schenkt. Je mehr sich die polnische Rechte also über Realpolitik echauffert, desto stärker betreibt sie Identitätspolitik -- nicht nur innenpolitisch, sondern inzwischen auch außenpolitisch. Was natürlich den Gipfel diplomatischer Infantilität darstellt.

Verrat für eine Handvoll Glasperlen

Am allereinprägsamsten (und gleichzeitig am traurigsten) ist jedoch die Tatsache, dass die polnische Rechte offenbar langsam beginnt zu erkennen, dass ihre „rechten“ Verbündeten aus der Sicht des polnischen Staatsinteresses, gelinde gesagt, ziemlich wenig hilfreich sind. Nur zurückrudern geht auch nicht mehr so richtig. Schließlich hat man ja so lange erklärt, wie der Westen sich anstatt aufzurüsten mit Kreide auf Asphalt malt, ha ha, während Donald Trump mit seiner militärisch-wirtschaftlichen Macht, ho ho, die Dinge sehr schnell lösen würde.

Bislang hat Trump jedoch nur mit Buntstiften den roten Teppich für den Verbrecher Putin bemalt, der Drohnen nach Polen schickte und bewusst die polnische Grenze destabilisiert. Der polnischen Rechten bleibt also nichts anderes übrig, als weiterhin vor dem amerikanischen Herrscher niederzuknien, nach Ersatzthemen zu suchen und Hetzkampagnen gegen Minderheiten zu führen und im Stillen zu beten, dass endlich irgendein Biden zurückkehrt, denn der würde Polen wenigstens nicht für eine Handvoll Glasperlen mit orthodoxem Kreuz verkaufen.

Zsfg.: AV

https://krytykapolityczna.pl/kraj/trump-zdradzil-polskie-interesy/?fbclid=IwY2xjawM2g9xleHRuA2FlbQlzMABicmlkETFvZThWODhYekpMUTVMMXJFAR5bt5pz-V-RiGA9wzi12i_-a1UFDnLQAvBvgsIZTTfNISQZkjagpXMrvhoqgw_aem_sAMegajxjK2CCijskpchig

Polen säkularisiert sich so schnell wie kein anderes Land der Welt. Dieser Prozess hat sich unter der Regierung der PiS rapide beschleunigt



Quelle: wyborcza.pl

Von **Agata Szczygielska-Jakubowska**

Laut einer in Nature Communications veröffentlichten Studie von Prof. Jörg Stolz von der Universität Lausanne ist die Religiosität in Polen nach 2016 in allen gesellschaftlichen Gruppen stark zurückgegangen. Vor allem unter jungen Menschen verliert die Religion an Bedeutung.

Die besten Jahre für die katholische Kirche in Polen sind mit dem Beginn des Pontifikats von Johannes Paul II. verbunden. Fast bis Ende der 1980er Jahre war es unschicklich, nicht in die Kirche zu gehen, und Kritik am Klerus kam nicht in Frage. Kinder wurden (wenn auch heimlich) getauft, sogar von Parteigrößen, die Priesterseminare platzten aus allen Nähten, und in fast jeder noch so kleinen Wohnsiedlung wurden neue Kirchen und Pfarrhäuser gebaut.

Die „schleichende Säkularisierung“ wurde in Polen erstmals in den 1990er Jahren angedeutet. Die Kirche machte den Konsumismus der westlichen Zivilisation, Gleichheits-„Ideologien“ und die Vorstellung von der „Zivilisation des Todes“ im Zusammenhang mit dem Kampf um die reproduktiven Rechte der Frauen für die Abkehr von der Religion verantwortlich. Wie neuere Untersuchungen zeigen, hat sich die Abkehr der Polen von der Religion in den letzten zehn Jahren deutlich beschleunigt, insbesondere nach 2016, vor allem in den jüngsten Altersgruppen.

Polen säkularisiert sich am schnellsten in der Welt

Prof. Jörg Stolz von der Universität Lausanne analysierte weltweit die Einstellung zur Religion in verschiedenen Altersgruppen. Der Wissenschaftler untersuchte die Teilnahme an religiösen Praktiken, das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft und die Bedeutung der Religion im Leben des Einzelnen. Die Ergebnisse seiner Studie wurden kürzlich in der renommierten Fachzeitschrift Nature Communications veröffentlicht. Die Veröffentlichung zeigt nicht nur, dass junge Menschen weltweit weniger

religiös sind als ältere Menschen, sondern auch, dass die polnische Gesellschaft in allen untersuchten Kategorien den Rekord der fortschreitenden Säkularisierung hält, insbesondere bei der jüngeren Generation.

In einem Kommentar zu seinen Forschungsergebnissen gegenüber PAP räumte der Professor ein, dass Polen heute das Land mit der schnellsten Säkularisierung in der Welt zu sein scheint. Als Gründe dafür nannte er die rasche Modernisierung des Landes und die bedeutende wirtschaftliche und technologische Entwicklung. Seiner Meinung nach führen diese Veränderungen zu Unterschieden zwischen den Generationen in Bezug auf die Religiosität.

Auf die von dem Schweizer Wissenschaftler vorgestellten Forschungsergebnisse hat die Religionssoziologin Katarzyna Zielińska, PhD, Professorin an der Jagiellonen-Universität, auf dem Portal Nauka w Polsce hingewiesen. Ihrer Meinung nach hängt die rasch fortschreitende Säkularisierung unter anderem mit der Politisierung der katholischen Kirche, ihrem Umgang mit den Gläubigen und der Pandemie zusammen. - Seit etwa 2016 kann man eine Abschwächung der bisherigen Trends beobachten, einen Rückgang der Zahl der Menschen, die sich als gläubig bezeichnen und an religiösen Praktiken teilnehmen. Auch die Zahl der Menschen, die sich als Nicht-Gläubige bezeichnen, ist gestiegen", so Prof. Zielińska.

Warum die Polen aufhören zu glauben

Was den Zustand der Religiosität der Polen betrifft, so sind die von Prof. Jörg Stolz veröffentlichten Umfrageergebnisse nicht überraschend. Bereits 2022 berichtete die Leiterin des CBOS, Prof. Mirosława Grabowska, dass in den letzten 30 Jahren die Zahl der Polen, die sich selbst als regelmäßig praktizierend bezeichnen, von fast 70 Prozent auf fast 42 Prozent gesunken ist, wobei sie auch feststellte, dass die Veränderung ungleichmäßig verläuft. - Die jungen Menschen unterscheiden sich eindeutig vom „Rest“ der Gesellschaft, fügte sie hinzu.

Aus den Ergebnissen der Volkszählungen geht hervor, dass der Prozentsatz der Personen, die sich als Katholiken bezeichnen, zwischen 2011 und 2021 von 87 auf 71 Prozent gesunken ist, wobei die Frage nach der Religion freiwillig ist - die Befragten können die Antwort verweigern. Im Gegensatz dazu ist bei den CBOS-Erhebungen der letzten Jahre der Prozentsatz der Personen, die sich als Nicht-Gläubige bezeichnen, von einigen wenigen auf 14 Prozent gestiegen.

Prof. Zielińska erklärt, dass die hohe Stellung der katholischen Kirche mit der Geschichte des Landes verbunden ist. In der Vergangenheit wurde sie - nicht immer zu Recht - als Trägerin der nationalen Identität und als Vertreterin der Nation gegen Regime angesehen, insbesondere während der Teilungen und des Kommunismus. Während der Volksrepublik Polen vereinte sie zwar die Opposition, wurde aber gleichzeitig von den Behörden recht nachsichtig behandelt - unter anderem als Gegenleistung für ihren Beitrag zur Beruhigung der öffentlichen Meinung. In den 1980er Jahren, die nur ungern erwähnt werden, wurden Genehmigungen für den Bau neuer Kirchen fast wie am Fließband erteilt. Die Kirche blieb auch nach 1989 stark, als sich viele Politiker an der Macht verpflichtet fühlten, ihr ihre Rolle in der Volksrepublik zu belohnen.

Laut Prof. Zielińska hat sich die Wahrnehmung der Rolle der katholischen Kirche im letzten Jahrzehnt jedoch deutlich verändert - insbesondere während der Regierung der Vereinigten Rechten (2015-2023). Zu dieser Zeit habe sich die Kirche stark politisch engagiert und sich auf die Seite der Regierungspartei gestellt. Sie sprach sich gegen die LGBT+-Gemeinschaft aus und wurde als Mitschuldige an der Verschärfung der Abtreibungsgesetze angesehen. - Der Frauenstreik hatte eine ganz klare antiklerikale, säkularistische Dimension, betonte die Soziologin. „Die Kirche hat sich immer politisch engagiert, aber im Zeitraum 2015-2023 wurde dieses Engagement in Teilen der katholischen Kreise nicht mehr akzeptiert. Es wurde davor gewarnt, dass sich eine so enge Verbindung der Kirche mit einer politischen Partei negativ auf ihr Ansehen auswirken könnte", so die Schlussfolgerung des Forschers.

Warum Polen nicht in die Kirche gehen wollen

Wie Professorin Katarzyna Zielińska für das Portal Nauka w Polsce zeigt, war ein weiterer wichtiger Faktor, der den Kirchenaustritt der Polen beeinflusste, die COVID-19-Pandemie, die die Gewohnheit der regelmäßigen Teilnahme an religiösen Praktiken -- die bisher typisch für die polnische Religiosität war -- störte. Die Gläubigen, die sich vorher nicht vorstellen konnten, die Messe zu versäumen, gingen während der Abriegelungen nicht mehr in die Kirche und kehrten oft nicht mehr zurück.

„Immer mehr Menschen spürten auch, dass sich die Art und Weise, wie die Kirche mit den Gläubigen und der Gesellschaft kommuniziert, ändern muss“, fügt die Soziologin hinzu. „Während der kommunistischen Ära, als andere europäische Länder sich säkularisierten und die Kirchen zu Veränderungen zwangen, gab es in Polen keinen Druck für Reformen. Infolgedessen haben wir immer noch eine traditionelle Kirche, in der der Priester die wichtigste Figur ist und die Laien nur dazu da sind, zu helfen.“

Vor allem junge Menschen distanzieren sich von den starren Regeln der Kirche und werden von der Institution entmutigt, weil sie das Gefühl haben, dass die Kirche nicht auf ihre Bedürfnisse und Stimmen eingeht. Die Kluft wird durch den Zusammenbruch der traditionellen religiösen Sozialisation verschärft: Immer weniger Eltern, vor allem in den Großstädten, schicken ihre Kinder zum Religionsunterricht in die Schule, was die Weitergabe von religiösem Wissen und religiösen Praktiken, aber auch die Ausbildung der jungen Generation nach einem katholischen Modell schwächt.

Laut Prof. Zielińska tragen auch die sich verändernden Geschlechterrollen und die stärkere Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt zur Säkularisierung bei. Die Frauen in Polen -- die traditionell religiöser sind als die Männer -- säkularisieren sich nun schneller. Und sie waren es, die traditionell für die Erziehung der Kinder im Glauben verantwortlich waren.

Auch Menschen, die über die Reaktion der Kirche auf die Skandale des sexuellen Missbrauchs empört sind, verlassen die Kirche. - Viele religiös engagierte Menschen könnten das Gefühl haben, dass die Kirche ihren Auftrag nicht erfüllt, so die Einschätzung des Forschers.

Auf die Frage, ob die Säkularisierung in Polen weiter voranschreiten wird, bis sie das Niveau der westeuropäischen Länder erreicht hat, antwortete Prof. Zielinska, dass dies schwer vorherzusagen sei. Polen hinkt im Hinblick auf den allgemeinen Säkularisierungsgrad immer noch hinter Westeuropa hinterher. „Polen ist immer noch viel religiöser als die meisten anderen europäischen Länder. Die Entwicklung der Säkularisierung kommt erst spät in Gang. Vieles hängt davon ab, wie die katholische Kirche hier auf die Prozesse in der Gesellschaft reagiert. Die internationale Situation -- einschließlich des Krieges an der Ostgrenze -- ist ebenfalls von Bedeutung. Die Geschichte zeigt, dass in Krisensituationen, wenn es an existenzieller Sicherheit mangelt, die Religion oft zu einer attraktiven Lösung wird“, so die Soziologin.

Zsfg.: JP

https://bydgoszcz.wyborcza.pl/bydgoszcz/7.48722.32247339.polska-sekularyzuje-sie-najszybciej-na-swiecie-proces-gwaltownie.html?utm_source=facebook.com&utm_medium=SM&utm_campaign=FB_Gazeta_Wyborcza&fbclid=IwY2xjawMzX-dleHRuA2FlbQlxMABicmlkETFvZThWODhYekpMUTVMMXJFAR7ciXVEKPjbTDFrNSNARM6xWnm3dy4nlc35yXeEUD_Zgvyri-JJ2Whc9eikDw_aem_I28-Y3RxAxeXRJOnmnQEJg

ZITAT DER WOCHE



Quelle: [pap.pl](https://www.pap.pl)

“In der heutigen Situation ist die Verbreitung russischer Propaganda und Desinformation ein Akt zum Schaden des polnischen Staates, der sich direkt gegen die Sicherheit des Heimatlandes und seiner Bürger richtet. Dummheit oder politische Ansichten sollten dabei nicht als mildernder Umstand behandelt werden.”

Donald Tusk

Quelle: <https://www.pap.pl/aktualnosci/premier-rozpowszechnianie-rosyjskiej-propagandy-i-dezinformacji-dzialanie-na-szkode>

MEDIENSPIEGEL – IN DER DEUTSCHSPRACHIGEN PRESSE ÜBER POLEN

T-online.de

Wegen "Sapad"-Manöver: Chaos an polnischer Grenze

https://www.t-online.de/nachrichten/ukraine/id_100912344/wegen-russlands-sapad-manoever-chaos-an-der-polens-grenze-zu-belarus.html

tagesschau.de

Verdächtige Drohne in Warschau unschädlich gemacht

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/polen-drohne-warschau-100.html>

rnd.de

Polnischer Präsident: Alles tun, um für einen Krieg bereit zu sein

<https://www.rnd.de/politik/polen-praesident-nawrocki-alles-tun-um-fuer-einen-krieg-bereit-zu-sein-Z6STR2SPAJKCLP2VIUQ4F3AOQQ.html>

tagesspiegel.de

Polens Präsident Nawrocki besucht Berlin: Ein Gast, wie man ihn sich nicht wünscht

<https://www.tagesspiegel.de/internationales/schwieriger-nachbar-polen-zwischen-solidaritat-und-abgrenzung-14330213.html>

juedische-allgemeine.de

Steinmeier weist polnische Reparationsforderung zurück

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/steinmeier-weist-polnische-reparationsforderung-zurueck/>

welt.de

1,3 Billionen Euro und die Frage nach Deutschlands Verpflichtung

<https://www.welt.de/politik/ausland/article68c8fc35bc538c447095df8a/polen-1-3-billionen-euro-und-die-frage-nach-deutschlands-verpflichtung.html>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik

Layout: Małgorzata Nierhaus